

Anfragen zum Plenum in der 48. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung bezugnehmend auf die Härtefallförderung Teil B in den Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2016 und 2018), wie viele der bayerischen Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsunternehmen bis 01.11.2019 einen Förderbescheid beantragt haben (bitte unter Angabe der einzelnen Unternehmen) und wie viele Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsunternehmen bis 01.11.2019 bereits eine Förderung erhalten haben (bitte unter Angabe der einzelnen Unternehmen) sowie wie sich die Fördersummen zwischen 2014 bis 2017 verglichen mit den Fördersummen 2016 bis 2018 in den einzelnen Regierungsbezirken entwickelt haben?

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Summe wurde in den Haushalt 2017/2018 für Um- und Neubaumaßnahmen auf dem Haupt- und Landesgestüt Schwaiganger eingestellt, wie groß war der Anteil, der daraus für Baumaßnahmen auf dem Gestüt in den Jahren 2017 und 2018 ausgeschüttet wurde und in welche konkreten Maßnahmen wurden die Gelder investiert?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Mietpreise bei staatlichen Wohnungen in Bayern in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren und Regierungsbezirken ausdifferenzieren), wie ist der Umsetzungsstand der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarung „Bei staatlichen Wohnungen verzichten wir für fünf Jahre auf Mietpreiserhöhungen“ (S. 20) und welche Planungen gibt es seitens der Staatsregierung für das weitere Vorgehen nach Ablauf dieser fünf Jahre?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Körperschaften (bitte aufgeschlüsselt nach Kapitalgesellschaften, eingetragene und nicht eingetragene Vereine, rechtsfähige und nichtrechtsfähige Stiftungen, Betriebe gewerblicher Art der juristischen Personen des öffentlichen Rechts) stellten im gesamten Jahr 2018 in Bayern einen Antrag auf Gemeinnützigkeit, wie lautet Anzahl und Gründe der Ablehnung und wie viele als gemeinnützig anerkannte Körper-

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

schaften (bitte aufgeschlüsselt nach Kapitalgesellschaften, eingetragene und nichteingetragene Vereine, rechtsfähige und nicht-rechtsfähige Stiftungen, Betriebe gewerblicher Art der juristischen Personen des öffentlichen Rechts) gab es zum aktuellsten Stichtag?

Franz Bergmüller
(AfD)

Da im Mai und August diesen Jahres die Vergaberunde der Fördermittel im „Gaststättenmodernisierungsprogramm“ des Wirtschaftsministeriums schon nach wenigen Minuten beendet war, die Mittel ausgeschöpft waren, deswegen ein großer Teil der ansuchenden Gaststättenbetreiber leer ausging und das zuständige Wirtschaftsministerium in beiden Runden auf das sogenannte „Windhundprinzip“ gesetzt hatte und damit Gaststättenbetreiber mit schlechter Internetverbindung z. B. im ländlichen Raum benachteiligt hatte, frage ich die Staatsregierung, zu welchen sekundengenauen bzw. minutengenauen Uhrzeiten alle diejenigen Ansuchen beim Wirtschaftsministerium eingingen, die in beiden Vergaberunden durch das Wirtschaftsministerium Berücksichtigung fanden, über welche Fördersumme jedes einzelne dieser berücksichtigten Ansuchen lautete und welches dieser Ansuchen unmittelbar durch eine Brauerei oder durch eine, von einer Brauerei beherrschten, juristische Person gesellt wurde?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts von Medienrecherchen über die Ausbildung rechtsextremer Kampfsportler im Boxstudio „Tigers Arena“ in Augsburg, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr über den Inhaber des Studios, den mehrfachen Deutschen Meister und Weltmeister im Kickboxen, ██████████, vorliegen, ob es stimmt, dass auch Mitglieder der rechtsextremen Bürgerwehr „Soldiers of Odin“ und der militanten rechten Skinhead Gruppierung „Voice of Anger“ in dem Augsburger Studio trainieren und ob bei von ██████████ organisierten Kämpfen auch bereits der rechtsextreme Rapper ██████████ aufgetreten ist?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Betriebe zur Intensivhaltung bzw. Intensivaufzucht von Tieren mit Plätzen für 60 000 Hennen bzw. Truthähnen oder mehr, mit 85 000 Junghennen bzw. Mastgeflügel oder mehr, mit Plätzen für 800 Rinder oder mehr, mit Plätzen für 1 000 Kälber oder mehr, mit Plätzen für 3 000 Mastschweine oder mehr, mit 900 Plätzen für Sauen einschließlich dazugehöriger Ferkel oder mehr, mit Plätzen für 9 000 Ferkel oder mehr, und mit 1 000 Plätzen für Pelztiere oder mehr sind in den letzten drei Jahren in Bayern errichtet oder geändert worden (neue Genehmigung bzw. Änderungsverfahren – bitte auch mit Angabe des Landkreises und Datums), welche integrierten chemischen Anlagen und Betriebe gemäß Anlage 1 (4.1) Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), Anlagen zur Destillation oder Raffination gemäß Anlage 1 (4.3) UVPG, Anlagen zur sonstigen Weiterverarbeitung von Erdöl in Mineralölraffinerien, zur Gewinnung von Zellstoff aus Holz, Stroh oder ähnlichen Faserstoffen und für Zellstoff mit 200 t oder mehr je Tag gemäß Anlage 1 (6.1 und 6.2.1)

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

des UVPG, sind in den letzten fünf Jahren in Bayern errichtet oder geändert worden (bitte auch mit Angabe des Landkreises und Datums) und in welchen Fällen wurde bzw. wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen halten – entgegen Ankündigungen seitens des Staatsministers für Wohnen, Bau und Verkehr Herr Dr. Hans Reichhart – in München die S-Bahnen der Linie 7, die ab Fahrplanwechsel im Dezember 2019 die Haltestelle Kreuzstraße um 15.47 Uhr, 16.47 Uhr und 17.47 Uhr verlassen, nicht auf allen Unterwegsbahnhöfen, sondern durchfahren die Halte in Großhelfendorf, Peiß und Dürrenhaar, inwieweit unterscheiden sich die betrieblichen Zwänge der S-Bahnen der Linie 7, die die Haltestelle Kreuzstraße um 7.47 Uhr und 8.47 Uhr verlassen und auf allen Unterwegsbahnhöfen halten, von den oben genannten drei Kursen und wann ist damit zu rechnen, dass fahrplanmäßig keine Bahnhöfe auf der S 7 ohne Halt durchfahren werden?

Michael Busch
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist aktuell der Anteil der Arbeitslosen mit (Schwer-)Behinderung an allen (schwer-)behinderten Menschen im erwerbsfähigen Alter in Bayern und – sofern bekannt – Deutschland (bitte nach Geschlecht ausdifferenzieren), wie hoch ist der Anteil der Arbeitslosen mit (Schwer-)Behinderung an allen Arbeitslosen in Bayern und – sofern bekannt – Deutschland (bitte nach Geschlecht ausdifferenzieren) und wie viel Prozent aller Arbeitsplätze in Bayern und – sofern bekannt – Deutschland sind (ausdifferenziert nach öffentlichen und privaten Arbeitgebern) im Rahmen der Beschäftigungspflicht mit (schwer-)behinderten Beschäftigten besetzt (in sämtlichen Fällen bitte Entwicklung der vergangenen fünf Jahre angeben)?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob die bisher gängigen Kriterien bei der Bedarfsanalyse für das Programm Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) – Schulart, Schulgröße und der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund – auch in den neuen Richtlinien gelten werden, falls nicht, ob mit den neuen Kriterien zukünftig alle Schularten ein Anrecht auf Förderung haben werden sowie wann mit einer Veröffentlichung dieser neuen Richtlinien für das Programm zu rechnen ist?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung angesichts eines dringend benötigten klimafreundlichen Mobilitätskonzepts in Bayern, warum die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) der Bahnbetriebsgesellschaft Stauden im Zuge der Finanzierung der Reaktivierungsmaßnahmen der sogenannten Staudenbahn (Gessertshausen-Langeneufnach) nicht die jährlich zu erwartenden Trassenerlöse einredefrei stellen kann, wie die Staatsregierung ein mögliches Scheitern des Projekts verhindern will und bis wann der Personenverkehr nach aktueller Planung der Staatsregierung aufgenommen werden kann?

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie genau sieht der ausgearbeitete Zeitplan der Regierung von Schwaben und der Stadt Donauwörth zur Auflösung der ANKER-Einrichtung in Donauwörth aus, an welchen Orten werden die dezentralen Unterkünfte, die die zentrale ANKER-Einrichtung in Donauwörth ersetzen sollen, stehen (bitte die genauen Kapazitäten, Belegungsplan und Barrierefreiheit, die Kapazitäten des Security-Personals und der Asylsozialarbeiterinnen bzw. Asylsozialarbeiter auflisten) und welche Behörden arbeiten in der sogenannten Behördenzentrale der ANKER-Einrichtung Schwaben in Augsburg (bitte die genauen Personalschlüssel der Behörden und mögliche Wohlfahrtsverbände auflisten)?

Albert Duin
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie sich zum Entwurf des Gesetzes zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung (BBiMoG), insbesondere in Bezug auf die im Gesetzesentwurf vorgesehenen Abschlussbezeichnungen im Fortbildungsbereich und die Mindestausbildungsvergütungen, im Bundesrat positioniert (bisher angesprochene Kritikpunkte, Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen, geplantes Abstimmungsverhalten am 29.11.2019 bezüglich der Anrufung des Vermittlungsausschusses), welche Auswirkungen des Gesetzes die Staatsregierung für Bayern erwartet und welche weiteren begleitenden Initiativen die Staatsregierung ggf. auf Landesebene plant?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Gemeinden am Bayerischen Untermain (Stadt und Landkreis Aschaffenburg sowie Landkreis Miltenberg) werden die Rettungsfristen für Rettungsdienste und Feuerwehr von zwölf Minuten nicht eingehalten (bitte Aufschlüsselung nach Landkreisen, Gemeinden, Ortsteilen sowie Einsatzart und Fristüberschreitung), welche zusätzlichen Rettungsstandorte sind geplant und welche Maßnahmen wird die Staatsregierung ergreifen, um die Überschreitungen der Rettungsfristen in den betroffenen Gemeinden zu minimieren?

Matthias Fischbach
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie zum jetzigen Stand gedenkt die in verschiedenen Presseerklärungen (siehe z. B. Pressemitteilung Nr. 218 des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst) und -veröffentlichungen angekündigten 300 Mio. Euro für den zweiten Bauabschnitt des Chemikums und den Neubau für die technische Chemie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg im Entwurf des Nachtragshaushalts für 2020 bzw. in den Entwürfen für die darauf folgenden Haushaltsjahre jeweils einzuplanen (bitte sowohl nach Haushaltsjahren, als auch nach Einzelprojekten über die zu erwartende Realisierungsdauer aufschlüsseln und – auch falls noch keine Aussagen zu Haushaltsentwürfen getroffen werden können – zumindest die bisherigen Schätzungen aus der Projektplanung darlegen), welche neuen Informationen zu den Antworten auf meine Anfrage zum Plenum aus dem Juni 2019 in Drs. 18/2481 vorliegen (bitte insbesondere auf die Faktoren zum Weiterbetrieb des Bestandsgebäudes für die anorgani-

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

sche Chemie nach 2023 und das in der Antwort erwähnte Übergangskonzept sowie den Ablauf von Neubau- und Übergangsplanung eingehen) und inwiefern die explizite Erwähnung des Neubaus der Technischen Chemie in Erlangen in der Regierungserklärung von Dr. Markus Söder am 10.10.2019 im Gegensatz zum im Finanzvolumen wesentlich umfangreicheren zweiten Bauschnitt des Chemikums bedeutet, dass Letzteres nicht Teil des Sanierungs- und Beschleunigungsprogramms im Umfang von 600 Mio. Euro sein soll?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Flächenbedarf sieht sie als Voraussetzung für die Genehmigung einer Hähnchenmastanlage eines landwirtschaftlichen Betriebs mit 38 000 Hühnern vor, der neben Weizen und Mais auch Eiweißfutter als Grundlage für eine Hähnchenmast einschließt, welche Konsequenzen hat eine Verringerung der betriebszugehörigen Flächen, z. B. durch den Wegfall von Pachtflächen, für die Höhe des Tierbestands und wie wird gewährleistet, dass der hohe Nährstoffanfall von Hähnchenmastanlagen im Einzugsbereich von Trinkwasserschutzgebieten nicht zu erhöhten Nitratwerten im Trinkwasser führt?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da es bereits seit über 20 Jahren Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) in ausgewählten Schulen in Bayern gibt, für die gemäß der Anforderung durch die Staatsregierung mit Kabinettsbeschluss vom 23.06.2009 mittlerweile 1 000 entsprechende JaS-Stellen von den Kommunen (gefördert bis 16.360 Euro pro Jahr und Stelle durch den Freistaat Bayern) geschaffen wurden und nun trotzdem nach jüngsten Berichten (z. B. Augsburger Allgemeine vom 22.11.2019 „Mehr Stellen gegen Mobbing und Frust“) die künftige hälftige Übernahme der tatsächlichen Kosten der JaS und die mit Kabinettsbeschluss vom 11.09.2018 angekündigte Förderung weiterer 280 JaS-Stellen in Bayern bis 2022 aktuell in Frage stehen, frage ich die Staatsregierung, wird die Staatsregierung noch zum Entwurf des Nachtragshaushalts 2020 dafür Sorge tragen, dass künftig die Hälfte der tatsächlich für die JaS-Stellen anfallenden Kosten vom Freistaat gefördert und übernommen werden, wird beabsichtigt, die angekündigte Förderung weiterer 280 JaS-Stellen im Entwurf des Nachtragshaushalts einzustellen, damit die bereits in Planung befindlichen Stellen in den Kommunen zeitnah ausgeschrieben und besetzt werden können und falls nicht, wie wird die Staatsregierung dafür Sorge tragen (bitte genaue Darstellung der geeigneten Vorgehensweise durch die Kommunen), dass die Kommunen die Planung und Vorbereitung der Besetzung weiterer JaS-Stellen betreiben können, ohne dass dies förderschädlich wäre?

Markus (Tessa) Ganserer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele sogenannte Erziehungsberatungsstellen aktuell in Bayern existieren (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und unter Nennung der jeweiligen Träger) und wie viele Beratungen für homosexuelle, bisexuelle, intergeschlechtliche und trans* Jugendliche in den Jahren 2010 bis einschließlich 2018 stattgefunden haben (aufgeschlüsselt wie genannt sowie nach Jahren)?

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass in Sonthofen ein Cannamigo Tea House, das Produkte aus Hanf und mit Cannabidiol (CBD) (unter 0,2 Prozent Tetrahydrocannabinol – THC) verkauft, durchsucht wurde und Waren beschlagnahmt wurden, frage ich die Staatsregierung, wie ist die aktuelle Rechtslage für CBD-Shops in Bayern, gibt es systematische Kontrollen/Razzien von CBD-Shops (bitte mit Begründung und Mitteilung, ob nur Franchisenehmer der Cannamigo GmbH betroffen sind oder auch andere gewerbliche CBD-Shops) und bis wann ist mit einer Freigabe der sichergestellten Produkte zu rechnen (bitte mit Angabe des nötigen Zeitfensters für eine THC Untersuchung)?

Harald Güller
(SPD)

Angesichts der aktuellen Bemühungen zur Reaktivierung der Staudenbahn im Landkreis Augsburg (im AVV-Verkehrsverbund) frage ich die Staatsregierung, welche Bedeutung sie dem Projekt im Rahmen der notwendigen, radikalen Verkehrswende hin zu mehr ÖPNV und SPNV beimisst und welche konkreten Maßnahmen sie über die bereits erfolgte Bestellung von Verkehrsleistungen über die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) sieht, (etwa über die Beteiligung an einer Betreibergesellschaft, ein Darlehen, eine Verlängerung der garantierten Betriebszeiten in Jahren und/oder ein erhöhtes Trassenentgelt) das Projekt zu ermöglichen?

Martin Hagen
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele gemeinnützige reine Männer- und Frauenvereine mit insgesamt wie vielen Mitgliedern gibt es in Bayern?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Im Hinblick darauf, dass bereits im Jahr 2016 ein Fachworkshop mit Gemeinden und Beteiligten zum künftigen Niedrigwassermanagement im Gebiet der Bergtheimer Mulde im Landkreis Würzburg stattfand und die Ergebnisse hierzu einer von der Regierung von Unterfranken beauftragten Studie nach Abstimmung mit dem Umwelt- und Landwirtschaftsministerium im Jahr 2017 vorgelegt werden sollten, mit dem Ziel, daraus Handlungsanweisungen zu erstellen, mit denen unter anderem auch die Entnahmemengen für die landwirtschaftliche Beregnung reduziert bzw. reguliert werden sollten, frage ich die Staatsregierung, welche Ergebnisse (bitte unter genauer Angabe der Handlungsempfehlungen) insbesondere für die Entnahme von Wasser aus dem Grundwasser im Bereich der Bergtheimer Mulde liegen aus dieser Studie bis heute vor, wann werden die Ergebnisse den Gemeinden, Beteiligten und der Öffentlichkeit vorgestellt und welche konkreten Begründungen gibt es, aus denen die Studie nicht schon längst vorliegt, obwohl die Zeit für ein effektives Niedrigwassermanagement mehr als drängt?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem die Staatsregierung auch im Neuburger Osten einen Naturwald ausweisen möchte und die Wälder dort sich größtenteils im Eigentum des Wittelsbacher Ausgleichsfonds befinden, frage ich die Staatsregierung, ob die massiven Fällungen durch den Wittelsbacher Ausgleichsfonds nicht schon das Verschlechte-

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

rungsverbot im Fauna-Flora-Habitat-Gebiet „Donauauen mit Gerolfinger Eichenwald“ missachtet haben, welche Maßnahmen die Staatsregierung ergriffen hat, um weitere Fällungen und Schädigungen des wertvollen Naturjuwels im Eigentum des Wittelsbacher Ausgleichsfonds zu verhindern und was der Wittelsbacher Ausgleichsfonds fordert, damit in diesem Gebiet ein Naturwald ausgewiesen werden kann?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gründe sind der Staatsregierung bekannt, die den Wissenschaftsrat in seiner Herbstsitzung dazu veranlasst haben, sein abschließendes Gutachten zu verschieben, wie häufig dies bereits bei anderen Projekten in der Vergangenheit der Fall war (bitte unter Angabe des Projektes) und welche Kritikpunkte der Staatsregierung seitens des Wissenschaftsrats bereits jetzt schon bekannt sind?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem in meiner Anfrage zum Plenum vom 11.11.2019 die Frage „Wird, falls der nachstehend genannte Gesetzentwurf in der derzeit vorliegenden Form beschlossen wird, die Regelung im Gesetzentwurf der Bundesregierung ‚Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes‘ (BT-Drs. 19/10899), dass wenn Schäden bei Nutztierissen durch einen Wolf keinem bestimmten Wolf eines Rudels zugeordnet worden sind, der Abschuss von einzelnen Mitgliedern des Wolfsrudels in engem räumlichem und zeitlichem Zusammenhang mit bereits eingetretenen Rissereignissen auch ohne Zuordnung der Schäden zu einem bestimmten Einzeltier bis zum Ausbleiben von Schäden fortgeführt werden darf (Art. 1 Nr. 3, dort § 45a Abs. 2 Satz 1 im Gesetzentwurf), aus Sicht der Staatsregierung auch dann gelten, wenn die gerissenen Nutztiere nicht mit Herdenschutzmaßnahmen geschützt waren“ nur sehr unkonkret mit „Die in der o. g. Fragestellung enthaltene Formulierung hinsichtlich der möglichen Entnahme von einzelnen Mitgliedern des Wolfsrudels ist im ‚Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes‘ (BT-Drs. 19/10899) als Konkretisierung des § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 4 Alt. 1 BNatSchG in Bezug auf den Wolf ausgeführt. Damit ergibt sich eindeutig aus dem Gesetzeswortlaut, dass die sonstigen Voraussetzungen einer Entnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG daneben erfüllt sein müssen; somit dürfen auch „zumutbare Alternativen nicht gegeben sein“ beantwortet wurde, frage ich unter Bezugnahme auf o. g. Fragestellung nochmals, ob ein Abschuss von einzelnen Mitgliedern des Wolfsrudels auch dann möglich ist, wenn die gerissenen Nutztiere nicht mit Herdenschutzmaßnahmen geschützt waren (bitte mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten), was konkret die „zumutbaren Alternativen“ sind (bitte aufzählen) und nach welchen konkreten Kriterien (bitte aufzählen) entschieden wird, ob Herdenschutz im jeweils konkreten Einzelfall eine zumutbare Alternative ist?

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

- Alexandra Hiersemann**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtlinge (bitte aufgeschlüsselt nach Nationalitäten) sich in den Abschiebungshaftanstalten (bitte Auflistung nach den Abschiebungshaftanstalten in Eichstätt, Erding und der Abschiebungshaftanstalt am Münchner Flughafen zu den Stichtagen 01.11.2019, 01.10.2019 und 01.09.2019) befunden haben, wie viele davon bis zum 02.11.2019 abgeschoben wurden und aus welchem Grund?
- Dr. Helmut Kaltenhauser**
(FDP) Ich frage die Staatsregierung, wie viele der bereitgestellten Mittel vom Härtefallfonds für Straßenausbaubeiträge bis Ende Oktober 2019 jeweils monatlich abgerufen wurden, wie viele Anträge es bis dahin gab und wie viele davon genehmigt wurden?
- Annette Karl**
(SPD) Nachdem die angekündigte Erhöhung des kommunalen Finanzausgleiches für 2020 auf 10,29 Mrd. Euro nur auf den gestiegenen Steuereinnahmen beruht, der Anteil am Steuerverbund für den kommunalen Anteil weiterhin nur bei 12,75 Prozentpunkten liegt, frage ich die Staatsregierung, wann die von Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger am 13.11.2018 beim Landkreistag getätigte Zusage, den Anteil auf 13 Prozentpunkte zu erhöhen, umgesetzt wird?
- Paul Knoblach**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kälber wurden in diesem Jahr aus Bayern ins Ausland verbracht, in welche Länder wurden die Kälber transportiert und was waren Hindernisse bei der Genehmigung der Transporte?
- Claudia Köhler**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, an welchem Tag erfolgte der Beschluss der Staatsregierung, den Entwurf des Nachtragshaushalts 2020 noch im Dezember in den Landtag einzubringen, wen hat die Staatsregierung zwischen dem Zeitpunkt des Beschlusses und dem 22.11.2019, 16.27 Uhr außerhalb der Staatsregierung über diesen Beschluss informiert und wie erklärt die Staatsregierung, dass der Münchner Merkur bereits vor der offiziellen Information des Landtags durch das Staatsministerium der Finanzen über den Beschluss berichten konnte?
- Natascha Kohnen**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die (absolute und relative) Zahl der überschuldeten Personen in Bayern in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte aufgegliedert nach Jahren und ausdifferenziert nach Regierungsbezirken sowie Landkreisen bzw. kreisfreien Städten), wie hat sich die Höhe der Schulden der überschuldeten Personen in Bayern in diesem Zeitraum entwickelt und wie verteilt sich die aktuelle (absolute und relative) Zahl der überschuldeten Personen in Bayern auf die unterschiedlichen Altersgruppen?
- Sebastian Körber**
(FDP) Ich frage die Staatsregierung, wie kann die Staatsregierung als mit den Staatsforsten größter Waldbesitzer im Freistaat angesichts ihres Bekenntnisses im Zehn-Punkte-Plan (für mehr Klimaschutz) zu „Mehr Holzbau“ faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Bauweisen/-stoffen grundsätzlich garantieren, was hat sie dazu

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

veranlasst, den Holzbau im Gegensatz zu anderen Bauweisen bzw. -stoffen zu bevorzugen – gerade im Bereich des Brandschutzes z. B. im Hinblick auf die geplante Novelle der Bayerischen Bauordnung (BayBO) – und welchen Anteil soll die Holzständerbauweise im Vergleich zur Holzmassivbauweise einnehmen?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit ist die Bayerische Eisenbahngesellschaft in die Planungen der DB, den Bahnsteig zwischen den Gleisen 3 und 4 im Bahnhof Schongau zurückzubauen, eingebunden, wie beurteilt die Staatsregierung die Pläne der DB vor dem Hintergrund, dass ein Wegfall des Bahnsteiges direkte Zugfahrten auf der Relation Weilheim – Schongau Krankenhaus bzw. Fuchstalbahn mangels anfahrbarer Bahnsteigkante verunmöglicht und inwieweit setzt sich die Staatsregierung dafür ein, dass beim geplanten Umbau in Schongau eine Verlängerung der Pfaffenwinkel-Bahn über den jetzigen Endpunkt Schongau hinaus möglich bleibt?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Beratungsgespräche (einschließlich telefonischer Beratung sowie per Mail, sofern erfasst) haben die für den Kulturfonds zuständigen Bezirksregierungen mit Interessenten jeweils in den letzten drei Jahren geführt, wie viele der Gespräche haben zu Anträgen geführt und wie viele Anträge mit spartenübergreifenden Inhalten bzw. neuen Formaten wie etwa Performance, zeitgenössischer Tanz etc. wurden in den letzten fünf Jahren jeweils bewilligt und über den Kulturfonds gefördert?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Kontext einer Studie der BN-Kreisgruppe Donau-Ries (BN = BUND Naturschutz), in welcher mögliche Pestizideinträge in private Kräutergärten untersucht wurden und in welcher in den meisten Stichproben geringe Mengen landwirtschaftlich genutzter chemischer Herbizide (Prosulfocarb, Terbuthylazin bzw. Desethylterbuthylazin sowie Chloridazon bzw. Chloridazon-desphenyl) nachgewiesen wurden, deren Konzentration zwar nicht gesundheitsschädlich war, aber dennoch etwa die Nutzung der Kräuter und Pflanzen aus dem eigenen Garten bei der Herstellung von Babynahrung einschränken bzw. auf höherer Ebene bei Biobauern zur Problematik führen kann, dass die Produkte nicht mehr mit dem Bio-Siegel versehen werden können, frage ich die Staatsregierung, ist der Staatsregierung diese Problematik in Privatgärten und bei Biolandwirten bekannt und welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um die unfreiwillige Verbreitung von landwirtschaftlichen Pestiziden auf Privatgärten und biologisch betriebenen Feldern zu vermeiden?

Helmut Markwort
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die von der Staatsregierung bereitgestellten Investitionen im Sinne des Art. 13 Abs. 3 Nr. 2 Satz 2 Haushaltsordnung des Freistaates Bayern (BayHO) im Freistaat im Zeitraum 2010-2019 waren, wie viele davon jährlich abgerufen worden sind (bitte hier Zahlen bis zum 3. Quartal 2019 angeben) und welche Gründe die Staatsregierung für den (möglicherweise) unvollständigen Abruf der Gelder identifiziert hat?

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem der Freistaat Bayern die Planungen für die Barrierefreiheit am Bahnhof in Amberg auf eigene Kosten in die Hand nimmt, wenngleich der Bund für die Finanzierung des Umbaus zuständig ist, frage ich die Staatsregierung, wann sollen die Umbaumaßnahmen am Amberger Bahnhof beginnen, welche verbindlichen Zusagen hat die Staatsregierung von der Bundesregierung zur Finanzierung des barrierefreien Umbaus des Amberger Bahnhofs erhalten und wenn diese Zusagen des Bundes bisher nicht vorliegen, welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung daraus?

Ruth Müller
(SPD)

Da nach der teils fehlerhaften Gebietskulisse zu den Biotopflächen nun eine Gebietskulisse zu den Gewässerrandstreifen aktiviert wurde, die ebenfalls wieder erhebliche Mängel aufweist, frage ich die Staatsregierung, welche Folgen können diese fehlerhaften Kulissen für die Betriebe haben, wie wird gewährleistet, dass die Fehler korrigiert werden (insbesondere auch die notwendige eigenverantwortliche Einstufung der wasserrechtlichen Relevanz der Gewässer) und wie werden die Landwirte hinsichtlich der Einstufung der Flächen generell informiert?

Alexander Muthmann
(FDP)

Nachdem der Ministerrat im Juli 2019 beschlossen hat, dass es ab dem Wintersemester 2020/2021 an sieben Bayerischen Hochschulen primärqualifizierende Studiengänge in der Pflegeausbildung geben wird, frage ich die Staatsregierung, in welchem Stadium sich die Vorbereitungen an der TH Deggendorf befinden (bitte auch unter Angabe der von der Staatsregierung unternommenen Schritte), welche zusätzlichen Kapazitäten (finanzieller, sachlicher und personeller Art) die Hochschule nach Einschätzung der Staatsregierung benötigt, um den Studiengang sachgerecht zu realisieren und über welche Haushaltstitel die Staatsregierung diese zusätzlichen Kapazitäten im Entwurf des Nachtragshaushalts 2020 berücksichtigen möchte?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum für Schülerinnen und Schüler über das „Konzept zur schulischen Förderung der Kinder beruflich Reisender“ im Freistaat nur die Möglichkeit besteht, den qualifizierten Hauptschulabschluss zu erlangen, warum es keine Bereichslehrkräfte für die Klassen 10 und aufwärts gibt und wie die Staatsregierung dazu steht, dass diesen Kindern verwehrt wird, die Mittlere Reife oder eine Hochschulreife zu erlangen?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel der im September 2018 für das Batteriezentrum der Universität Bayreuth angekündigten Investitionssumme von 25 Mio. Euro wurde bereits ausgezahlt, welche im Haushalt veranschlagten Finanzmittel sind generell bereits geflossen und wie viele der 114 angekündigten Stellen sind derzeit besetzt?

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Status hat das Genehmigungsverfahren zwischen Landratsamt Ebersberg und Staatsregierung für Windräder im Ebersberger Forst, wie bewertet die Staatsregierung dieses Vorhaben mit Blick auf das vom Landratsamt Ebersberg in Auftrag gegebene und nun veröffentlichte Gutachten zur Standortanalyse mit Aspekten des Natur- und Artenschutzes und inwieweit bezieht die Staatsregierung die Planungen im Landkreis Ebersberg in die von der Staatsregierung in Auftrag gegebene Windkraftpotential-Analyse in den bayerischen Staatsforsten insgesamt ein?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kommunen in den Gebieten ohne Sprachmobilfunkversorgung haben im Konkreten bislang eine Förderung über das Bayerische Mobilfunk-Förderprogramm beantragt (bitte mit jeweiliger Angabe der beantragten Fördersumme), welche Kommunen in den Gebieten ohne Sprachmobilfunkversorgung haben im Konkreten bislang keine Förderung über das Bayerische Mobilfunk-Förderprogramm beantragt und welche Fördersummen wurden bislang genehmigt (bitte mit Angaben der jeweiligen Neustationenanzahl und Auflistung der einzelnen Kommunen)?

Florian Ritter
(SPD)

Im Hinblick auf Informationen, wonach bei der Anklageverlesung im ersten „Nordkreuz-Prozess“ in Schwerin gegen den Beschuldigten [REDACTED] auch Munition aus Beständen bayerischer Polizeieinheiten genannt worden sein soll, frage ich die Staatsregierung, von welchen bayerischen Polizeieinheiten Munition bei [REDACTED] gefunden wurde, welche Erkenntnisse die Staatsregierung hat, wie die Munition jeweils von der Polizeieinheit in den Besitz von [REDACTED] gelangt ist und wie viel Munition bei der bayerischen Polizei aktuell als verschwunden gilt?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Strukturen gibt es in Bayern, um bedrohte Frauen vor Gewalt zu schützen, die nicht die Voraussetzungen erfüllen, um einen Platz im Frauenhaus zu bekommen – zum Beispiel weil eine Frau nicht Opfer von häuslicher Gewalt, sondern von nachbarschaftlicher Gewalt oder organisierter Kriminalität ist oder weil sie zusätzlichen Betreuungsbedarf auf Grund von psychischen Problemen hat?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Zur Demonstration am 19.11.2019 unter dem Titel „Sichere Städte statt sichere Häfen“ in Augsburg frage ich die Staatsregierung, aus welchen Gründen hat die Polizei im Rahmen ihres Einsatzes Videoaufnahmen von der Kundgebung bzw. der Gegenkundgebung gemacht, liegen diesbezüglich Erkenntnisse vor, ob es zu Handlungen kam, die den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen könnten, da Teilnehmende vom Zeigen des Hitlergrüßes berichtet haben und falls ja, weshalb ist die Polizei nicht vor Ort eingeschritten?

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts des für den 22.11.2019 angekündigten Auftritts des rechtsextremen, der Identitären Bewegung nahestehenden Rappers [REDACTED] bei einem vom „Bavarian Fight Club“ in der Nachtkantine München veranstalteten Kampfsportevent, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr über den Veranstalter des als Europameisterschaft angekündigten WBF-Titelkampfes am 22.11.2019 vorliegen, warum der geplante Auftritt von [REDACTED] kurzfristig abgesagt wurde und ob es bei weiteren Veranstaltungen des „Bavarian Fight Clubs“ zur Teilnahme rechtsextremer Kampfsportler und rechtsextremer Musiker kam?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Menschen mit (amtlich anerkannten) Behinderungen sind in Bayern von Armut bedroht, wie hat sich das Armutsrisiko dieser Personengruppe in den Jahren 2010 bis 2019 entwickelt und wie ist diesbezüglich das Verhältnis gegenüber Personen ohne (amtlich anerkannte) Behinderungen in den jeweiligen Altersgruppen (bitte für alle Teilfragen nach Altersgruppen und Geschlecht aufgeteilt in relativen wie absoluten Zahlen angeben)?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ab welcher Fahrgastzahlhöhe (aufgeteilt auf Aus- und Zustiege) gibt es Fördermittel, z. B. aus dem Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (GVFG), für den barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen, wie hoch liegen die täglichen Fahrgastzahlen (aufgeteilt auf Aus- und Zustiege und Wochentage bzw. Wochenende) am Bahnhof Übersee und wann ist mit einem barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Übersee zu rechnen?

Christoph Skutella
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen beinhaltet das in der Kabinettsitzung am 19.11.2019 beschlossene „Moorbauern-Programm“, bei dem auf 20 000 ha Fläche bis zum Jahr 2029 moorverträgliche Bewirtschaftungsformen gefördert werden sollen, wann soll das Programm starten und wie viel Fördermittel stehen dafür zur Verfügung?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Vergabeunterlagen des Verfahrens im Jahr 2016 für den Sicherheitsdienst in der ANKER-Einrichtung Oberfranken Behördenstandort Bamberg lagen vor (bitte die Veröffentlichung und Transparenz genau darlegen. Bei ja bitte die Unterlagen zu der Antwort hinzufügen, bei nein bitte Begründung ausführen), weshalb war beim Vergabeverfahren 2016 die Regierung von Oberfranken und nicht die Regierung von Oberbayern zentraler Ansprechpartner und weshalb galt als Ansprechpartner der öffentlichen Ausschreibung im Jahr 2016 Herr [REDACTED] (bitte die genauen Befugnisse benennen, die bei der damaligen Vergabeentscheidung entscheidend waren und die Personen auflisten, die für die Durchführung des Verfahrens und die Entscheidung für die Firma Fair Guards Security neben Herrn [REDACTED] im Jahr 2016 sowie bei Verlängerungen des Vertrags sowohl im Sommer 2017, als auch im Sommer 2018 verantwortlich waren)?

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen Maßnahmen speziell Eltern von pflegebedürftigen Kindern in Bayern unterstützt werden, welche Anlaufstellen, die auf die Bedürfnisse von Angehörigen mit pflegebedürftigen Kindern spezialisiert sind, im Freistaat existieren und wie viele pflegebedürftige Kinder in Bayern zu Hause von ihren Eltern betreut werden?

Diana Stachowitz
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich der Anteil der amtlich anerkannt (Schwer-)Behinderten in der Altersgruppe zwischen 15 und 25 Jahren entwickelt, wie stellt sich der Anteil der sonderpädagogisch geförderten Schülerinnen und Schüler an allen Schülerinnen und Schülern in Bayern dar und wie hat sich die Erwerbslosenquote bei (schwer-)behinderten Jugendlichen im Vergleich zu nichtbehinderten Jugendlichen in dieser Altersgruppe in Bayern entwickelt (bitte jeweils jährliche Entwicklung zwischen 2010 und 2019 sowie in absoluten und relativen Zahlen angeben)?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist die letzte ausstehende Teilfläche des im „Hutthurmer Teerskandal“ betroffenen Anwesens in Großthannensteig (Markt Hutthurm) inzwischen saniert, und wenn nein, wann ist damit zu rechnen?

Dr. Simone Strohmayer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Abschlüsse haben Absolventinnen und Absolventen bayerischer Mittelschulen seit Einführung der Mittelschule erhalten (bitte aufgeschlüsselt nach Abschluss, Regierungsbezirke, in absoluten und prozentualen Zahlen angeben)?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann wird der Entwurf des geplanten Bayerischen Klimagesetzes der Öffentlichkeit bekannt gemacht, wie hoch waren die im Kabinettsbericht genannten und zur Vergleichsgrundlage zitierten Kohlenstoffdioxid-Emissionen in Deutschland im Jahr 1990 im Vergleich zu den damaligen bayerischen Kohlenstoffdioxid-Emissionen und bezieht sich das Ziel, den Kohlenstoffdioxid-Ausstoß pro Kopf in Bayern bis 2030 auf möglichst unter fünf Tonnen pro Jahr zu senken, auf alle Kohlenstoffdioxid-Emissionen oder nur auf die energiebedingten?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Fördermöglichkeiten (Fördervoraussetzungen, Förderkriterien, Förderhöhe etc.) gibt es für Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaften im Freistaat zur Förderung der Barrierefreiheit, insbesondere durch Außenaufzüge, wer ist jeweils Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner und wie läuft jeweils das Antragsverfahren?

Anna Toman
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie weit sind die Überlegungen für einen neuen Bahnhaltepunkt für den Personenschienenverkehr im Innovationspark Wackersdorf vorangeschritten und welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um formal mit den Planungen beginnen zu können?

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren die investiven Mittel, die während der Jahre 2009 bis 2019 durch die Stiftung Bayerische Gedenkstätten an die Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg (ohne Außenlager) vergeben wurden, wie hoch waren die Mittel für Personalaufwendungen, die in diesem Zeitraum an die beiden Gedenkstätten vergeben wurden und wie stellen sich die Besucherzahlen der jeweiligen Gedenkstätten in diesen Jahren dar (bitte jeweils Aufschlüsselung nach Landes- und Bundesmitteln, Jahr und Gedenkstätte)?

Hans Urban
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind die von der Staatsregierung für das Förderjahr 2018 in den Haushalt eingestellten Mittel für das „Zukunftsprogramm Geburtshilfe“, welcher Teil dieser Summe ist daraus an Landkreise und kreisfreie Städte abgeflossen und wie verteilen sich die abgeflossenen Mittel auf Säule 1 und 2 aus dem Förderprogramm?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf welche Summe belaufen sich die Steuererleichterungen für Eigentümerinnen bzw. Eigentümer von Denkmälern bei der Grundsteuer im Jahr 2018, befürwortet die Staatsregierung grundsätzlich eine Entlastung für Eigentümerinnen bzw. Eigentümer von Denkmälern auch im Zuge der Grundsteuerreform und wie stellt die Staatsregierung sicher, dass Denkmaleigentümerinnen bzw. Denkmaleigentümer auch in Zukunft angemessen entlastet werden?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wer sind die Teilnehmenden am Runden Tisch Erinnerungskultur, wie oft hat der Runde Tisch bisher getagt und mit welchen Themen hat er sich befasst (bitte Institutionen und Einzelpersonen getrennt ausweisen)?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten hat die Stadt Erlangen nach Auffassung der Staatsregierung, die Schaffung zusätzlicher Kinderbetreuungsplätze zu finanzieren, nachdem im Jugendhilfeausschuss der Stadt Erlangen (21.11.2019) und den Erlanger Nachrichten öffentlich gemacht wurde, dass die Stadt Erlangen mindestens 2,3 Mio. Fördergelder trotz fristgerechter Antragstellung aus dem 4. Sonderinvestitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung nicht erhalten werde, wie wurde bei der Einrichtung des 4. Sonderinvestitionsprogramms das ursprüngliche Ausbauziel von 42 000 zusätzlichen Betreuungsplätzen bzw. bei der Aufstockung in der Kabinettsitzung vom 03.09.2019 der Bedarf von weiteren 8 000 Betreuungsplätzen begründet (bitte Berechnungen zu den berücksichtigten Bedarfen und Aufschlüsselung zur regionalen Lenkung und bedarfsgerechten Verteilung offenlegen) und welche Kommunen haben bisher Förderzusagen erhalten (bitte Zusagenhöhe aufgeschlüsselt nach FAG-Förderung (FAG = Finanzausgleichsgesetz) und Sonderinvestitionsprogramm auflisten, sollte keine kommunenfeine Aufstellung verfügbar sein, bitte nach Bezirken ausweisen)?

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.